

[Druckausgabe eines Artikels](#)[Kontakt](#) | [Über uns](#) | [Bücher](#) | [Videos](#) | [Leserreisen](#) | [Shop](#)Schnell-Suche... <<< | 

22.08.06

Klimmzüge für Sozialwohnungen

Politiker diskutierten über Förderausstieg und »Heuschrecken«

Von Bernd Kammer

»Versuchen sie mal, eine bezahlbare Wohnung zu bekommen«, forderte Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungs- unternehmen (BBU), Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) auf. Diese hatte gestern bei einem BBU-Forum der These widersprochen, dass Sozialwohnungen schon teurer seien als frei finanzierte. So pauschal stimme das nicht, so die Senatorin.

Die Wohnungswirtschaft grollt dem Senat immer noch wegen des Ausstiegs aus der Anschlussförderung und des Wegfalls der Kappungsgrenzen im sozialen Wohnungsbau. Dadurch würden die Sozialmieten im Schnitt bereits bei 5,50 Euro pro Quadratmeter liegen, zu teuer für die, »für die sie eigentlich gebaut wurden«, so Burkardt. Bei den BBU-Unternehmen stehen bereits 4000 Sozialwohnungen leer. Der Verband wollte vor den Wahlen von Spitzenpolitikern der Parteien wissen, wie sie die soziale Wohnraumversorgung zu sichern gedenken.

Die Stadtentwicklungssenatorin sieht dafür mit den Sozialwohnungen, den belegungsgebundenen Wohnungen und den städtischen Wohnungsbaugesellschaften genügend Steuerungsinstrumente vorhanden. Damit müsse nur richtig umgegangen werden. In Berlin sei es möglich, zu jedem Preis eine Wohnung zu finden, meinte sie. CDU-Haushaltsexperte Alexander Kaczmarek sieht das Problem ohnehin nicht mehr so drängend, da es angesichts des hohen Leerstandes von über 100 000 Wohnungen möglich sei, »unglaublich billig« zu wohnen. Größere Klimmzüge im sozialen Wohnungsbau seien also nicht nötig. Bei Konzentration von sozialen Problemfällen müsste gegengesteuert werden, zum Beispiel mit dem Quartiersmanagement.

Einig waren sich alle Parteien, dass der Ausstieg aus dem bisherigen »skandalös teuren Subventionssystem«, so die Grünen-Spitzenkandidatin Franziska Eichstädt-Bohlig, nötig war, weil sich so etwas das Land nicht leisten kann. Und weil es offenkundig auch nicht die soziale Wohnraumversorgung sichern konnte, wie Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei) resümierte. Wolf wandte sich deshalb strikt gegen die Wiedereinführung von Miet-Kappungsgrenzen, wie sie die Wohnungsunternehmen fordern. Vielmehr liege es jetzt in der Geschäftspolitik der Wohnungsunternehmen, ob sie Wohnungen für untere und mittlere Einkommen bereitstellen. Dafür müssten sie auch mal das wirtschaftliche Risiko tragen, wenn der Markt höhere Mieten nicht hergibt. Möglich sei zudem immer noch die direkte Förderung der Mieter, etwa über Wohngeld.

Eichstädt-Bohlig warf dem Senat vor, kein gesamtstädtisches Wohnungskonzept zu besitzen. »Sie hangeln sich von einem Notverkauf zum nächsten.« Und dann würden die Wohnungen auch noch an »Heuschrecken« verkauft, bei denen sozial Bedürftige auf der Strecke bleiben. Das sahen Kaczmarek und FDP-Spitzenkandidat Martin Lindner ganz anders. »Eigentümerwechsel spielt beim Mieterschutz keine Rolle«, zitierte Lindner den Finanzsenator. Und Thomas Zinnöcker, Geschäftsführung der GSW, die von Berlin an die »Heuschrecke« Cerberus verkauft wurde, klärte die Runde auf, was sich wirklich verändert: »Wir versuchen, die Kosten unter den Erlösen zu halten.«

Ausdruck am Mittwoch, 23. August 2006<<< | [Impressum](#)  [Rechtshinweis](#)